

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des Staatssekretärs im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Jürgen W. Heike, anlässlich des Seminars der Hanns Seidel Stiftung am 8. Dezember 2007 im Bildungszentrum Kloster Banz

Thema: Integrationspolitik in Bayern

Gliederung:

Seite:

I.	Einleitende Worte, Ausgangssituation	2
II.	Integration	9
III.	Dialog mit dem Islam, Zusammenleben von Christen und Muslimen	24
IV.	Ausblick, Schlussworte	33

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des Staatssekretärs im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Jürgen W. Heike, anlässlich des Seminars der Hanns Seidel Stiftung am 8. Dezember 2007 im Bildungszentrum Kloster Banz

Thema: Integrationspolitik in Bayern

I. Einleitende Worte; Ausgangssituation

Anrede!

Einleitende
Worte

Zunächst **bedanke** ich mich herzlich für die **Einladung**. Ich freue mich, dass ich bei diesem Seminar zu Gast sein kann. Das gilt umso mehr, als mir die **Integration** der bei uns rechtmäßig lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr am Herzen liegt.

Das Thema **Integration** steht **ganz vorn** auf der **politischen Agenda** der

Bayerischen Staatsregierung. **Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein** hat in seiner **Regierungserklärung** Mitte November die Bedeutung der Integration für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft besonders herausgestellt und sie als **Schlüsselfrage für unser Land** bezeichnet. Als Markenzeichen bayerischer Integrationspolitik gilt dabei der Grundsatz „**Integration fordern und fördern**“.

Ich bin der **Hanns-Seidel-Stiftung** dankbar, dass auch sie sich bei ihren Seminaren und Symposien immer wieder mit Fragen der Integration auseinandersetzt.

Deutschland
ausländer-
freundliches
Land

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen, dass es ein **ausländerfreundliches Land** ist. **Kulturelle Vielfalt** ist seit jeher eines unserer prägenden Elemente. Unsere ausländischen **Mitbürgerinnen und Mitbürger** haben auch beachtliche

Beiträge zur Entwicklung Deutschlands geleistet. Das deutsche **Wirtschaftswunder**, auf das noch unser heutiger Wohlstand aufbaut, wäre ohne die damaligen „**Gastarbeiter**“ in der Dimension nicht zustande gekommen.

Heute, in einer Zeit der **Globalisierung** aller Lebensbereiche, kommt der **Begegnung** von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen immer größere Bedeutung zu. Ein **konstruktives Miteinander** weitet auf beiden Seiten den Horizont, fördert das **Verständnis** für andere Kultur- und Lebensarten und trägt letztlich zu mehr **Toleranz** bei.

Probleme vor
Ort

Wir alle wissen, dass das **Zusammenleben** von einheimischen Bürgern und Menschen aus anderen Kultur- und Religionskreisen im täglichen Leben aber auch zu **Problemen** führen kann. Zwar gibt es in Deutschland zum Glück bislang keine Erscheinungen, wie wir sie

in Frankreich mit der erschreckenden Eskalation von Gewalt in den Banlieues beobachten mussten. **Manche Entwicklungen** geben aber **Anlass zur Sorge**.

Parallelgesellschaften

Gerade in Großstädten und Ballungsräumen stellen wir erhebliche **Tendenzen zur Bildung** oder Verfestigung von **Parallelgesellschaften** fest. Wir können nicht hinwegdiskutieren, dass es beispielsweise unter **Muslimen** zum Teil eine spürbare **Distanz** zu unserer **Werteordnung** gibt. Ein paar Zahlen mögen dies belegen: So haben **2005** in einer Erhebung des Zentralinstituts Islam-Archiv in Soest **fast 60 % der befragten Muslime** auf die Frage der **Vereinbarkeit von Koran und Grundgesetz entweder mit Nein geantwortet** oder angegeben, unsicher zu sein bzw. keine Antwort zu wissen. Bei einer **Umfrage** unter türkischen Muslimen vom September des vergangenen Jahres antworteten auf die Frage „Passen die Regeln des Islam mit den Regeln der

deutschen Gesellschaft überein?“ **fast die Hälfte (46 %) mit Nein.**

wachsender
islamischer
Fundamen-
talismus

Weiterhin beobachten wir, dass der **islamische Fundamentalismus auf dem Vormarsch** ist. So erreichen uns aus manchen Stadtteilen von Berlin erschreckende Berichte über die Intoleranz von Muslimen. Dort gibt es Fälle, in denen **selbst ernannte „Religionswächter“** einen erheblichen Anpassungsdruck auf muslimische Mitschülerinnen und sogar auf christliche Schüler ausüben. Die erschütternden Berichte über **Zwangsverheiratungen muslimischer Mädchen** – ich erwähne nur das Buch der bekannten Autorin und Soziologin **Necla Kelek** „Die fremde Braut“ – zeigen uns ebenfalls, welche Dimension das Problem mangelhafter Integration besitzt.

„Ehrenmorde“

In besonderer Weise gilt das auch für so genannte **Ehrenmorde**. Fassungslos haben wir die Berichte vom Schicksal

der **23-jährigen kurdisch-stämmigen Hatun Sürücü** verfolgt, die von ihrem jüngsten Bruder durch Kopfschüsse regelrecht hingerichtet wurde. Gerade unter **türkischen Schülern** wurde dafür auch noch **Verständnis geäußert**: *„Die hat doch selber Schuld. Sie läuft rum wie eine Deutsche.“* In der Tat hatte das Opfer sein Kopftuch abgelegt, lebte wie andere allein erziehende Mütter mit ihrem Kind in einer eigenen Wohnung und ging wie andere junge Frauen gerne aus. **Die 23-Jährige wollte in Deutschland leben wie eine Deutsche.** Dies war der Grund, weshalb sie von der eigenen Familie umgebracht wurde.

geistig-
politischer
Einfluss von
Islamisten

Wir dürfen in diesem Zusammenhang den **Einfluss radikaler Muslime auf ihre Glaubensbrüder nicht unterschätzen. Ihnen geht es nicht um Integration, sondern um Abgrenzung** von der aus ihrer Sicht dekadenten westlichen Werteordnung, um den „reinen“ Islam zu bewahren. In manchen

Koranschulen und durch Schriften bzw. Videos wird eine intolerante, mit unserer Rechts- und Werteordnung **unvereinbare islamistische Ideologie** verbreitet. Gerade **Jugendliche**, die mangels deutscher Sprachkenntnisse und beruflicher Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt keine oder nur geringe Chancen haben, **saugen die Botschaften von der Überlegenheit des Islam auf**. Ausbrüche von Hass und Gewalt wie an der Rütli-Schule in Berlin können die Folge sein.

Ausländer-
arbeitslosigkeit

Ein paar Zahlen verdeutlichen auch die Probleme auf dem **Arbeitsmarkt**. Obwohl Bayern nach Baden-Württemberg die zweitniedrigste Ausländerarbeitslosigkeit in Deutschland hat, betrug die **Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2006 gut 17 %** und war damit etwa **zweieinhalb mal so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote** (rund 6,8 %). Fast ein Viertel der ausländischen Hauptschüler bleibt ohne

Abschluss. In Berlin ist jeder zweite junge Türke arbeitslos.

II. Integration

Grundsätz-
liches zur
Integration

Gegen diese Probleme müssen wir etwas tun. Wenn wir auf Dauer die **Stabilität unserer Gesellschaft** und ein friedliches Miteinander **erhalten wollen**, müssen die **ausländischen Mitbürger** ihren Platz in unserer Mitte finden und sich **integrieren**.

Integration **bedeutet dabei nicht Beliebigkeit** in einer multikulturellen Gesellschaft, in der alle sozialen und ethischen Überzeugungen weitgehend voneinander unabhängig existieren. **Alle „Multi-Kulti-Träumereien“ sind**, wie die Beispiele Holland oder Frankreich zeigen, **gescheitert**. Selbst der grüne Politiker **Cohn-Bendit** sagt: *„Multi-Kulti ist eine harte, eine eisige Gesellschaft, wo nicht gemeinsame Wertvorstellung, sondern Strafdrohung das Zusammen-*

leben ordnet.“

Unstreitig ist die Integration eine **gesamtgesellschaftliche Herausforderung** ersten Ranges. Wir haben es mit einer großen **Daueraufgabe** zu tun.

Nationaler Integrationsplan

Der **Nationale Integrationsplan**, der im Sommer gemeinsam von Bund, Ländern, Kommunen und den gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet wurde, hat das öffentliche Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas zusätzlich gestärkt. Mit dem Integrationsplan wurde der Anstoß gegeben, **Migration und Integration auf breiter Ebene zu diskutieren und fortzuentwickeln.**

Der Nationale Integrationsplan wird morgen im Mittelpunkt dieses Seminars stehen. Deshalb will ich an dieser Stelle nur einige Punkte, die mir besonders wichtig erscheinen, herausgreifen:

Erlernen der
deutschen
Sprache

Für die Integration unserer ausländischen Mitbürger ist das **Erlernen der deutschen Sprache** der entscheidende Schlüssel. Gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft – sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit – ist nur möglich, wenn man in einer gemeinsamen Sprache kommuniziert.

Bayern setzt bereits jetzt zur Verbesserung der Situation junger Migranten ein aufeinander aufbauendes und in sich schlüssiges Gesamtkonzept „**Integration durch Sprachförderung und begleitende Hilfestellung**“ um.

Lassen Sie mich einige **Elemente** davon erläutern:

Sprachförderung im
Kindergarten

Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund setzt voraus, dass sie **möglichst frühzeitig eine umfassende Sprachförderung** erhalten. Hierzu leistet der **Kindergarten** als

Bildungseinrichtung einen entscheidenden Beitrag. Sprachförderung gehört schon immer zu den Schwerpunkten der Bildungsarbeit im Kindergarten. Dieser allgemeine Bildungs- und Förderauftrag wird im seit 2005 geltenden **Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz** noch präzisiert: Danach ist für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, sowie für Kinder mit sonstigem Sprachförderbedarf eine **besondere Sprachförderung** sicherzustellen.

Durch die verbindliche Festschreibung des neuen **Bildungs- und Erziehungsplans** für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur Einschulung werden die bestehenden Grundsätze der frühpädagogischen Arbeit nach neuesten wissenschaftlichen Kriterien weiterentwickelt. **Wertevermittlung, interkulturelle Kompetenz** und

Sprachförderung – bei deutschen Kindern ebenso wie bei Kindern mit Migrationshintergrund – sind für Fragen der Integration von zentraler Bedeutung und nehmen im Bildungs- und Erziehungsplan breiten Raum ein.

Vorkurse
Deutsch

Eingeschult werden **ausländische Kinder** in Bayern **erst** dann, wenn sie **ausreichende Deutschkenntnisse** besitzen. Damit sie möglichst ohne Probleme dem Schulunterricht folgen können, erhalten **Migrantenkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen** eine besondere **zusätzliche Sprachförderung**. An der Schwelle vom Kindergarten in die Grundschule wurden die früher dreimonatigen Vorkurse mit 40 Stunden ab dem Schuljahr 2005/06 **auf einen Ganzjahreskurs mit 160 Schulstunden ausgeweitet**. Jeweils 80 Stunden werden vom pädagogischen Personal der Kindergärten und von Lehrkräften der Grundschule eingebracht. Bei 39 Schulwochen

entfallen damit auf jede Woche ca. vier Stunden auf den Vorkurs Deutsch.

Spätestens im Jahr vor der Einschulung wird bei jedem Kind mit Migrationshintergrund im Kindergarten eine **Sprachstandserhebung** durchgeführt. Werden unzureichende Deutschkenntnisse festgestellt, besteht die **Pflicht** zum Besuch des **Vorkurses**. Damit wollen wir gewährleisten, dass diese wichtige Integrationsmaßnahme alle Kinder mit Sprachförderbedarf erreicht.

Schulische
Maßnahmen

Auch die **schulische Förderung** von **Migrantenkindern** hat die Staatsregierung bereits in den letzten Jahren grundlegend verändert und intensiviert. Zu den Unterrichtsangeboten kommen flankierende Maßnahmen, die die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund unterstützen:

An den Grund- und Hauptschulen decken so genannte „**Fachbetreuer** für

den Unterricht mit Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Muttersprache und für interkulturelle Erziehung“ den Beratungsbedarf der Schulen. **Schule und Jugendhilfe arbeiten intensiv zusammen**; das kommt auch dem Unterricht und der Erziehung von Schülern mit Migrationshintergrund zugute.

In **Ganztagesangeboten** wird Betreuung am Nachmittag sichergestellt, um zusätzlich zum Unterricht Gelegenheit zur Sprachförderung und zur Integration zu schaffen.

Alle Maßnahmen sind darauf angelegt, die **Bildungschancen** von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch frühzeitige und nachhaltige Fördermaßnahmen zu verbessern.

außerschulische Förderung

Das Sozialministerium ermöglicht für Schüler in **Deutschlerngruppen** oder **Übergangsklassen** an Grund- und

Hauptschulen eine **außerschulische Förderung mit Schwerpunkt Deutsch**.

Auch mit dieser Sprachförderung soll erreicht werden, dass weniger Schulabgänger mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen müssen.

“Mama lernt Deutsch“

In den letzten Jahren sind viele **Deutschkurse** unter dem Arbeitstitel „**Mama lernt Deutsch**“ im Angebot verschiedener freier Träger entstanden. Hier können vor allem türkische Mütter in der **Schule** oder im **Kindergarten parallel zur Unterrichts- und Betreuungszeit** ihrer Kinder die deutsche Sprache erlernen. Dabei werden auch die jüngeren Geschwister betreut. Diese Deutschkurse haben große Resonanz gefunden. Die Zahl der Kursangebote in Bayern ist inzwischen auf über 100 angewachsen.

Integrationsbegleitung

Als eigenständiges Element der Integrationsförderung wird **Erwachsenen** mit

Migrationshintergrund die so genannte **Integrationsbegleitung** angeboten. Dabei soll ihnen auch verdeutlicht werden, wie wichtig die deutsche Sprache für den weiteren Lebensweg ihrer Kinder ist.

Staat, Kommunen und die gesamte Gesellschaft unterstützen unsere ausländischen Mitbürger ebenso durch **Hilfestellungen in der beruflichen Bildung.**

Integrations-
kurse

Auch die **Integrationskurse**, die seit 2005 im Zuwanderungsgesetz vorgesehen sind, spielen eine **wichtige Rolle**. Die Integrationskurse bestehen aus zwei Teilen: dem **Sprachkurs und dem Orientierungskurs**. Schon in den Sprachkursen werden die wesentlichen Themen des Alltags – ich nenne nur das Einkaufen, das Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel, Kontakte mit Behörden, Wohnungssuche, Freizeitgestaltung oder Briefe schreiben – behandelt. Im

Orientierungskurs erhalten Zuwanderer **zusätzliche Informationen** über ihre Rechte und Pflichten in der Gesellschaft und über die **Grundwerte unseres Staates**. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv.

Sanktionen bei Verweigerungshaltung

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch ganz klar sagen: Wir dürfen es **nicht akzeptieren**, wenn es ausländische **Mitbürger** gibt, die **Integration** beharrlich **verweigern**, obligatorische Integrationskurse nicht besuchen oder nur passiv „absitzen“. Insoweit begrüße ich die jüngsten **Änderungen im Aufenthaltsgesetz**, die hier die **Möglichkeiten für Sanktionen erweitern**.

Integration im Alltag

Neben Sprache und Bildung muss **Integration** auch **im Alltag** stattfinden. Gerade in **Sportvereinen** werden Fairness, Teamgeist, Akzeptanz von Regeln und Leistungsbereitschaft gelehrt und gelernt. **Über den Sport**

erfahren Jugendliche Anerkennung, die ihnen in der Schule vielfach versagt bleibt. **Anerkennung ist auch der Einstieg dafür**, dass viele Jugendliche für Integration und Bildung überhaupt erreichbar werden. **Allen**, die sich hier in Vereinen, Verbänden und Kirchen **engagieren**, möchte ich dafür **ganz herzlich danken**. Ich möchte aber auch anregen, dass sich motivierte Menschen in diesem Bereich als Übungsleiter und für die anderen Funktionen in den Vereinen zur Verfügung stellen und an der gelebten Integration mitarbeiten.

Zum Glück gibt es **viele Beispiele gelungener Integration**, die Vorbildwirkung entfalten können. Das kann der Spitzensportler oder der Medienstar ebenso sein wie der Ladenbesitzer um die Ecke, der Trainer im örtlichen Fußballverein oder der Polizist. Die **Bayerische Staatsregierung will** diese Beispiele gelungener Integration **künftig noch**

stärker herausstellen, weil sie zeigen: Integration lohnt sich.

Wohnungs- und Städtebau

Sehr wichtig sind aus meiner Sicht auch **Maßnahmen des Wohnungs- und Städtebaus**. Migranten leben oft in vernachlässigten Stadt- und Wohnquartieren. Welche Bedeutung das direkte Lebensumfeld für die Integration besitzt, zeigt das Beispiel Frankreich.

Bei uns in Deutschland hat sich das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „**Soziale Stadt**“ bewährt. Ziel ist es, problematische Stadtteile aufzuwerten. Dazu müssen soziale Projekte kommen, um gefährliche Entwicklungen zu verhüten. Ich nenne hier nur **Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte** für Arbeitslose und Jugendliche ohne Ausbildung. Bei den Programmen werden die Bewohner der Stadtviertel so gut wie möglich einbezogen; sie können ihr Wohnumfeld aktiv mit gestalten. Auch das fördert den

Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren!

„Fördern und
Fordern“

Bei allen Angeboten kann man es nicht oft genug betonen: **Integration ist keine Einbahnstraße**. Die zahlreichen Angebote richten sich an die **ausländischen Mitbürger**, die aus fremden Kulturkreisen zu uns kommen und auf Dauer bei uns leben wollen. Nach dem **Grundsatz: „Fördern und Fordern“** müssen wir aber auch ganz konkrete Leistungen von ihnen verlangen. Dazu gehört zuallererst das **Erlernen der deutschen Sprache** als entscheidender Schlüssel für die Integration.

Anerkennung
unserer Rechts-
und Werte-
ordnung

Damit ist es aber noch nicht getan. Es muss eine weitere, sehr wichtige Voraussetzung hinzukommen: die **Anerkennung unserer Rechts- und Werteordnung** ohne Wenn und Aber. **Necla Kelek** schreibt dazu: *„Integration heißt, das Land, in dem ich lebe, als mein*

Land zu akzeptieren und mich mit ihm und seinen Werten zu identifizieren.“

Leitkultur

Unser Staat und unsere Gesellschaft bauen auf **gemeinsamen Wertvorstellungen** auf. Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln, Humanismus und Aufklärung haben die **Grundlagen geschaffen**, auf denen die **europäische Werteordnung beruht** und die sich im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung wiederfinden. Auf der geschichtlichen und kulturellen Grundlage des Abendlandes hat sich **unsere Leitkultur entwickelt**. Dieser Begriff hat nichts mit rückwärts gerichtetem Konservatismus zu tun. Ich verbinde damit nicht nur Selbstbewusstsein und Wahrung der eigenen Identität, sondern auch **Weltoffenheit, Toleranz, Achtung der Würde und Individualität jedes einzelnen Menschen**. Zu diesem für unsere freiheitliche Gesellschaft unverzichtbaren Rahmen gehören so **elementare Grundrechte** wie Achtung der

Menschenwürde, Gleichheit der Frau, Freiheit der Meinungsäußerung und Religionsfreiheit.

Integrationskraft Einen grundsätzlichen Aspekt möchte ich noch kurz ansprechen, der mir für die Integration auch sehr wichtig erscheint. Um den sozialen Frieden zu wahren, darf die **Integrationskraft** unserer Gesellschaft **nicht überfordert** werden. Deshalb führt an einem Kurs strikter **Steuerung** und **Begrenzung** von **Zuwanderung** kein Weg vorbei. Ich begrüße es deshalb, dass dieser Grundsatz im neuen Zuwanderungsgesetz ausdrücklich verankert werden konnte.

III. Dialog mit dem Islam, Zusammenleben von Christen und Muslimen

interreligiöser
Dialog

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Thema Integrationspolitik ein Problemfeld besonders ansprechen:

Die Tatsache, dass bei uns inzwischen viele Muslime auf Dauer leben, bringt es mit sich, dass **wir uns mit dem Islam auseinandersetzen müssen**. Dabei dürfen wir nicht verschweigen, dass es **auch Probleme gibt**. Die Terroranschläge des 11. September, die Anschläge in Madrid und London sowie die versuchten Anschläge in Deutschland, aber auch Berichte über Hasspredigten in deutschen Moscheen und Aufrufe zum Dschihad haben unter **unseren Bürgern große Ängste ausgelöst**.

Deshalb gibt es zum Dialog mit unseren muslimischen Mitbürgerinnen

und Mitbürgern **keine Alternative**. Bei diesem Dialog müssen gegenseitiges Verständnis, Rücksichtnahme und Toleranz im Mittelpunkt stehen. Der von Samuel Huntington beschworene „**Kampf der Kulturen**“ darf **nicht Wirklichkeit werden**.

Deutsche Islam-Konferenz

Ich begrüße es deshalb, dass **Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble** im September des vergangenen Jahres die **Deutsche Islam-Konferenz** ins Leben gerufen hat. Bei diesem Dialog werden **auch das Trennende und die Problempunkte angesprochen**. Nur mit Offenheit kommen wir weiter. Ich will nur **einige Konfliktfelder nennen**, mit denen wir uns hier auseinandersetzen müssen:

„Islamische Charta“

Alle Untersuchungen zeigen, dass vor allem Muslime mit einem traditionsgebundenen Religionsverständnis erhebliche Schwierigkeiten haben, sich mit **westlichen Werten zu identifizieren**.

Die Probleme zeigen sich auch in der „**Islamischen Charta**“ des Zentralrats der Muslime in Deutschland von 2002, die Grundlage für das Leben der Muslime in unserer Gesellschaft sein soll. Sie enthält zwar viele positive Aspekte. **Problematisch** ist aber die Aussage, wonach das islamische Recht Muslime in der Diaspora **nur verpflichtet, „sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten“**. Dies bedeutet, dass der Geltungsanspruch des demokratisch legitimierten staatlichen Rechts **nur eingeschränkt akzeptiert wird**.

Zwiespältig ist auch das **Verhältnis zu den Menschenrechten**, wie wir sie unter der Geltung des Grundgesetzes verstehen. Die Charta enthält hierzu den vieldeutigen Satz: *„Zwischen den im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten und dem **Kernbestand der Menschenrechte** besteht kein Widerspruch“*. **Da nur der**

Kernbestand der Menschenrechte angesprochen wird, gibt es offenbar Ausnahmen. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, dass das Grundgesetz es nicht zulässt, wenn Muslime etwa die Menschenrechte nur im Rahmen der Scharia akzeptieren.

Religionsfreiheit Ein **weiteres Problem** ist die **Religionsfreiheit**. Denn nach der Scharia bedeutet Religionsfreiheit, dass man zwar zum Islam übertreten, nicht aber vom Islam abfallen darf. Was das zu bedeuten hat, haben wir beim **Fall Rahman in Afghanistan** erlebt. Dieser konvertierte Christ ist dem **Tod nur dadurch entgangen, dass er für geistesgestört erklärt wurde**, und das auch nur auf Druck der westlichen Staatengemeinschaft.

Ein Alarmzeichen für die **Gefahr des schleichenden Eindringens von Normen der Scharia** ist eine Umfrage aus England, wonach 60 % der dort

lebenden Muslime das freiheitliche demokratische System durch die Scharia ersetzen möchten.

Gleichberechtigung

Besonderer **Klärungsbedarf** besteht auch bei der **Gleichberechtigung von Mann und Frau**. Sie ist ein elementares Grundrecht, von dem es keine Abstriche geben darf. Das Bekenntnis zu unserer Rechts- und Werteordnung **muss auch im Alltagsleben umgesetzt werden**. Echte Integration bedeutet, dass **muslimische Mädchen** auch in der Schule **an allen Veranstaltungen teilnehmen können wie Sport- und Schwimmunterricht** oder Klassenfahrten.

Moscheebau

Derzeit gibt es in vielen Städten Diskussionen um den Bau von Moscheen. Selbstverständlich haben **Muslime** Anspruch auf **angemessene Gebetsräume und Moscheen**, und zwar nicht nur im Hinterhof. Bei derartigen Bauvorhaben muss aber – wie bei jedem anderen Bauvorhaben

auch – **Rücksicht auf die städtebauliche Prägung der Umgebung** genommen werden. Im Interesse einer breiten Akzeptanz halte ich es für sehr wichtig, Projekte dieser Art im **Konsens mit den einheimischen Bürgerinnen und Bürgern** zu verwirklichen. Wir dürfen nicht übersehen, dass unsere Bürger kein Verständnis für die Situation in vielen muslimisch geprägten Staaten haben. Deshalb sage ich offen: Es **darf nicht schwerer sein**, in Ankara oder Istanbul eine **christliche Kirche zu errichten als eine Moschee in Nürnberg oder Augsburg**. Ein fairer Dialog der Religionen und Kulturen beruht auf Gleichberechtigung. Für jeden wie auch immer gearteten Machtanspruch einer Religion ist hier kein Platz.

Kopftuch

Noch ein **Wort zum Kopftuch**, das immer wieder für Irritationen sorgt. **Lehrkräfte** sind in weltanschaulichen Dingen zu besonderer **Zurückhaltung**

aufgerufen. Deshalb ist es nicht vertretbar, dass muslimische Lehrerinnen ein Kopftuch tragen. **Bayern hat inzwischen** ebenso wie verschiedene andere Länder in Deutschland eine gesetzliche **Regelung geschaffen**, wonach muslimische Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen **im Unterricht kein Kopftuch tragen dürfen.** Der **Bayerische Verfassungsgerichtshof** hat diese Regelung **bestätigt.**

Islamische
Unterweisung,
Islamunterricht

Lassen Sie mich noch etwas zum „**islamischen Religionsunterricht**“ sagen. Als erstes deutsches Land hat **Bayern bereits in den 80-er Jahren** an Grund- und Hauptschulen das Fach „**islamische religiöse Unterweisung**“ **in türkischer Sprache angeboten.** Dieser muttersprachliche Ergänzungsunterricht soll noch bis Ende Juli 2009 weitergeführt werden. 2005/2006 wurde er **von 35 % oder ca. 13.000 der insgesamt über 36.000 türkisch**

stämmigen Schüler besucht.

Seit dem **Schuljahr 2001/2002** gibt es das Angebot **auch in deutscher Sprache**. Ich halte das aus integrationspolitischen Gründen für sehr wichtig. Der Modellversuch „islamische Unterweisung in deutscher Sprache“ **läuft derzeit mit Erfolg an 77 baye-rischen Grund- und Hauptschulen** und erreicht rund 4.000 Schüler.

Hinzu kommt ein Modellversuch „Islamunterricht“, ebenfalls in deutscher Sprache, der in allen vier Jahrgangsstufen einer Erlanger Grundschule und in einer Erlanger Hauptschule sowie seit kurzem in einer Nürnberger Realschule stattfindet. **Unter Federführung des Kultusministeriums bestimmen Muslime**, die sich in einem Verein zusammengeschlossen haben, bei der **Lehrplanarbeit und bei der Auswahl der Lehrer mit**. Der Lehrplan wird vom Kultusministerium

erarbeitet. Dabei geht der Unterricht über die neutrale islamische Unterweisung hinaus und **weist religiöse Bezüge auf**, die in Richtung Glaubenserziehung gehen. Die **Werteordnung des Grundgesetzes** und die Toleranz gegenüber anderen Menschen sind **zentraler Bestandteil des Unterrichts**.

Ausbildung von
Imamen

Wo wir zu Verbesserungen kommen müssen, ist die **Ausbildung der Imame**, von denen immer noch viele kaum die deutsche Sprache beherrschen und mit den Verhältnissen in Deutschland nicht vertraut sind. Ich begrüße es, dass die **türkische Regierung** hier bereits Schritte eingeleitet hat, um die **Imame, die nach Deutschland entsandt werden, entsprechend zu schulen** und ihnen Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln.

IV. Ausblick, Schlussworte

Meine Damen und Herren!

Ausblick,
Schlussworte

Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen **demokratischen Staat aufgebaut**, der seinen Bürgern Freiheit und Sicherheit wie noch nie in der deutschen Geschichte garantiert. **Menschen aus anderen Kulturkreisen**, die rechtmäßig und **auf Dauer bei uns leben wollen**, sollen daran teilhaben. Dazu gehört, dass sie sich zu unserem **Staat und seinen Werten bekennen** und **bereit** sind, **unsere Sprache** zu sprechen.

Denn bei allem Verständnis für fremde Kulturen und **bei aller Toleranz dürfen wir das Fundament**, auf dem wir stehen, **nicht vergessen**. **Samuel Huntington** formuliert dies so:

„Unsere Aufgabe ist nicht, andere Kulturen nach dem Vorbild des Westens

umformen zu wollen, sondern die einzigartigen Qualitäten der westlichen Kultur zu erhalten, zu schützen und zu erneuern.“

Wenn wir dies unseren ausländischen Mitbürgern vermitteln, wird auch die Integration gelingen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.